

Volkszeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten ♦ Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Volkszeitung“ erscheint an jedem Montag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch Boten beträgt 2.00 Reichsmark. Durch Postanstalten ohne Postgebühr 1.80 Reichsmark, durch die Post 2.10 Reichsmark u. 20 Pfennige Postgebühr. Einmalige Anzeigen: 1.00 Reichsmark. Die Anzeigen werden nach Rubriken-Zellen berechnet, die Zelle 0.25 Reichsmark.

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.
Der Fortgang der Betriebsratswahlen im Reich beschäftigt die Verleger der sozialistischen Gewerkschaften zugunsten der Kommunisten. Besonders auffallend groß sind die kommunistischen Gewinne in Mitteldeutschland und Ostpreußen. Auch die christlichen Gewerkschaften haben sehr gut abgeschnitten und insbesondere ihre Mandate, gleichfalls auf Kosten der überlitten im Rückgang befindlichen sozialistischen Gewerkschaften, vergrößert. Auch das Ruhrgebiet meldet ein starkes Anwachsen der christlichen Gewerkschaften im Ruhrbergbau.

Der Schaumburg-Heppische Landtag beschloß einstimmig, angeichts der Wichtigkeit der Anschließfrage an Preußen, eine Volksabstimmung darüber entscheiden zu lassen, die am 6. Juni stattfinden soll.

Das Berliner Kabinett hat sich gestern mit dem Bericht der Handelsvertragskommission für Spanien befaßt. Es verurteilt, daß die Abreise der deutschen Delegation für bis nach Ostern verzögert soll. Die geistige Kabinettstimmung ist die letzte vor der Osterhauptversammlung.

In den schwedischen Handelsvertragsverhandlungen wird uns heute aus parlamentarischer Quelle zuverlässig gemeldet, daß sämtliche schwedischen Handelsvertragsverhandlungen bis 1. Juni unter Dach und Fach gebracht werden sollen. Im weitesten vorgeschritten sind die Handelsverträge mit Japan und der Türkei.

Wie aus Essen gemeldet wird, stehen neue Kredite der Ruhrindustrie in Amerika vor dem Scheitern. Es werden insgesamt 22 Millionen Dollar genannt. Soweit die Wirtschaftslage im Ruhrgebiet heute einen Ueberblick zuläßt, ist mit wesentlich neuen Kündigungen und Betriebsstilllegungen nicht zu rechnen.

Der Abzug des französischen Franks hat auch in der deutschen Exportindustrie zu Schwierigkeiten geführt, da sowohl die aus Frankreich, besonders aus Glas-Verträgen, vorliegenden Aufträge teilweise zurückgezogen werden, zum anderen Teil aber ohne die vereinbarten Vorauszahlungen bleiben. Das Urteil der Berliner Börse ist, daß noch weitere erhebliche Absätze des Franks zu erwarten sind.

Die Luftverkehrsvereinbarungen mit England für den gemeinsamen Betrieb der Strecke London-Berlin sind im Hinblick auf die noch schwedischen Pariser Verhandlungen um zwei Monate verlängert worden mit der Maßgabe, daß die englischen Flugzeuge den Deutschen auf ausgewählten Begriffsbestimmungen entsprechen müssen.

Wie der Rotterdammer „Courant“ aus Washington meldet, liegen im Senat achtzehn Anträge zur Freigabe der deutschen Vermögen vor. Senator Walsh äußerte sich heute im Senat für einen Entzettel gegenüber, er glaube nicht an eine Befreiung der Vorlage im Senat vor kommenden Winter.

In Rumänien hat nach Abhandeln des Franzosenfreundes Bratianu der General Averescu eine neue Regierung gebildet, die am 25. Mai Neuwahlen vornehmen lassen will. Die eigene Partei Averescus hatte bisher nur vier Abgeordnete.

Nach Meldungen aus Warschau veröffentlicht der offizielle „Polski Monitor“ die Entzignung von weiteren 14 deutschen Schiffen in den ehemals preußischen Westpreußen. Die „Warszawski Gosciniak“ berichtet, daß am 18. April in Berlin die neuen deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen beginnen werden. Polen halte an seinen bereits bekanntgegebenen Zolltariffpositionen fest.

Kreuzer werden aus Peking: Die britische Note wegen der Zurücknahme der Entlassung des britischen Gevollontollers ist bis 6. April befristet. Die Regierung im Peking will den Verhandlungsweg vorschlagen, auf den der britische Gesandte nicht eingeht. Es ist eine Befreiung der britischen Schiffen Bestrebungen festzustellen.

Berlin und Chile nahmen den amerikanischen Vermittlungsorschlag an, das britische Gebiet von Tacna-Arica an Bolivien geben will, weil damit Bolivien seinen Zugang zum Meere erhält.

Unseren Lesern wird nicht entgangen sein, daß unsere geistige Mitteilung über die von Parlamentarier-Erlichtigungs-Anstalt — nur ein Aprilscherz war.

Reichskabinett und Völkerbund. Beteiligung Deutschlands an der Studienkommission des Völkerbundes.

Zusammittig wird mitgeteilt: Das Reichskabinett hat sich in seiner Mittwochsitzung mit dem vor kurzem von dem Generalsekretär des Völkerbundes der deutschen Regierung mitgeteilten Beschlüsse des Völkerbundesrat besetztigt, durch den Deutschland eingeladen worden ist, an den Beratungen der Kommission teilzunehmen, die demnach die Frage der Zusammenlegung des Rates, sowie die Zahl seiner Mitglieder und des Verhältnisses ihrer Wahl prüfen soll.

Im Reichskabinett ist bei dieser ersten Erörterung der Angelegenheit die einmütige Aufstellung zutage getreten, bei der weiteren Verhandlung der vorstehend gekennzeichneten Aufgabe mitzuwirken.

Die Beschlüsse der Kommission sind die sachlichen Einzelheiten ist einer späteren Kabinettstimmung vorbehalten worden.

Der demotivische Zeitungsdienst will wissen, daß der Plan, lediglich einen deutschen „Beobachter“ in die Genfer Studienkommission zu entsenden, fallengelassen wurde. Es sei anzuempfehlen,

Außenpolitische Sorgen Amerikas.

Die Londoner „Times“ berichtet aus Washington: Die letzten Tage waren für die amerikanische Regierung in Bezug auf die Fragen der auswärtigen Angelegenheiten recht sorgenvoll. Die fernöstliche Politik der Vereinigten Staaten hat hinsichtlich des Umjanges einer beabsichtigten gemeinsamen Aktion mit den anderen Mächten die Regierung im Hinblick der Kritik ausgelegt, daß ihre feste Haltung gegenüber Sowjetrußland von Japan angezweifelt werden würde. Weitere Festschläge sind in dem Bericht des Völkerbundes Rat, in dem die Absicht Frankreichs, ein Petroleummonopol einzuführen, und in dem Wirtzwar der finanziellen Beziehungen zu erblicken.

Das Interjantelle ist die von der englischen Zeitung natürlich sehr vorfichtig ausgedrückte Anwendung, daß Amerika in dem neuerdings mit England wieder verbündeten Japan nach wie vor einen Gegner sieht und Zweifel zu bekommen scheint, ob es nicht klüger wäre, Japans — und Englands! — Wegener Rückzug zu unterstützen. Die Sache muß dem Londoner Timesmann doch schon recht ernst sein, wenn er die letzten Tage „recht sorgenvoll“ für die Amerikaner nennt und sagt, daß sie ihre bisherige Chinapolitik der Unterstützung Englands gegen den sowjetrussischen Einfluß als „Fehlgriff“ ansehen.

16 Meilen von Peking finden zurzeit schwere Kämpfe der von England und Japan unterstützten Streitkräfte Fiangschins, Tschingins und Wupusius gegen den Russenfreund General Feng statt.

Riesen-Geldfälschungen der Sowjetrußen.

„Daily Mail“ bringt die sensationelle Meldung, daß die Erhebungen der internationalen Fälschungsbüro zur Aufdeckung großer sowjetrussischer Fälschungen von Banknoten seit aller europäischen Staaten geführt hat. In Moskau wurde in eigenen Fälschermaschinen der Sowjetregierung der Millionenbedarf der Sowjetregierung an ausländischen Banknoten täglich geliefert, denen gegenüber die Fälschungen in Substanz nur harmlose Spielereien waren. Auch die „Morningpost“ brachte kürzlich Nachrichten von beschlagenehmen Tausendfundnoten, die sich als sowjetrussische Fälschungen einwandfrei herausgestellt hätten.

Belgien sucht Geld.

Reise des belgischen Finanzministers nach London. Der „Independent“ berichtet, daß der belgische Finanzminister Janßen sofort nach London abreisen, um mit den dortigen Banken über den Abschluß einer Währungsanleihe weitere Verhandlungen zu führen. Der neue Frankreich soll zur Beschleunigung der Abreise beigetragen haben. — Wie wir schon gestern betonten, wird der Finanzminister wohl einen Umweg über das englische Finanzministerium nehmen und dort Erklärungen seiner Regierung abgeben müssen, die den Eng-

länder Gewäh gibt, daß ihr Geld nicht zu einem francojenseitigen und englandfeindlichen Politik benutzt wird.

Verchiebung der Abrüstungskonferenz.

Das Pariser „Journal“ hält in einem Washingtoner Telegramm seine Meldung aufrecht von einer nochmaligen Verchiebung der auf den 18. Mai einberufenen vorbereitenden Abrüstungskonferenz. Auch der „Matin“ bringt ein Washingtoner Telegramm von schwerwiegenden Meinungsverschiedenheiten in der Abrüstungsfrage. In Kreisen des Weissen Hauses erklärte man sogar, daß man nicht vor zwei Jahren mit einer beschleunigten Lösung des Abrüstungsproblems rechnen könne.

Eine Kopfsteuer in Frankreich.

Die französische Kammer hat gestern mit dem Entwurf der Einkommen und der Einkommensteuer angenommen. Sie besteht aus einer festen Kopfsteuer von 40 Fr. für Personen, die der Einkommensteuer nicht unterliegen, und einer progressiven Steuer, beginnend mit 0,6 Prozent in der untersten Einkommensstufe und endend mit 2 Prozent für Einkommen über 500 000 Fr.

Die Art Steuer, die man als „Kopfsteuer“ bezeichnen könnte, da sie in Kolonien gebräuchlich ist, ein wunderbares Beispiel für die Primitiveität der französischen Steuerbegriffe und für die Vorhild, bei der man an den überhaarigen französischen Steuerzahler herangeht, der für moderne Steuerformen nicht zu haben ist.

Sehr gut zu dieser Kopfsteuer der grande nation mit der großen „culture“ paßt es, daß man gleichzeitig eine „Ehrenrate für steuerliche Geltingung“ eingeführt hat, die Leute erhalten sollen, die trotz Verletzung von der Kopfsteuer freimittig mindestens 20 Fr. Kopfsteuer entrichten.

Die französische sozialistische Kammerfraktion hat gestern über die von ihr im Verlaufe der Finanzdebatte einnehmende Haltung lange beraten und schließlich mit 29 gegen 11 Stimmen beschlossen, sich bei allen Abstimmungen, bei denen die Regierung die Vertrauensfrage stellt, der Stimmenabgabe zu enthalten, um nicht eine „Wahlverluste“ herbeizuführen.

Der Wert der Locarnoverträge für Frankreich.

Im Pariser Senatsauschuss für auswärtige Angelegenheiten wies der Berichterstatter in seinem Bericht über die Locarnoverträge darauf hin, daß für die Sicherheit Frankreichs internationale Garantien, die sich auf bestimmte geographische Punkte beziehen, notwendig seien. Der Wert von Locarno könne nicht getrennt werden.

Durch Locarno habe Frankreich den territorialen Vertrag und besonders die entmilitarisierte Zone und den territorialen Status anerkannt. Die Unterzeichnung Englands bedeute für Frankreich einen Vorteil. Selen im Osten auch keine Garantien für die Weisheit getroffen, so seien die Willungen Frankreichs mit Polen und Tschechoslowakei doch verfehlt worden.

Wenn man im ganzen auch Kritik üben könne, so müsse er doch die Ratifizierung empfehlen.

Belgischen Geminn Locarno außer in politischer und militärischer Beziehung für Frankreich auch in finanzieller Hinsicht hat, ist im französischen Senat vorfichtigweise nicht recht betont worden. Das Sinken des Franks zum Tage des Scheiterns der Genfer Verhandlungen an zeigt es den Franzosen und allen, die sehen wollen, ohnehin deutlich genug. Und die guten Deutschen wird der Pariser doch nicht mit der Nase darauf stellen, welches Militärabgeheht sie ihm mit ihrer freiwilligen Anerkennung aller französischen Gemeine und aller deutschen Zahlungspflichten gemacht. Rime Locarno nicht zustande, dann wäre es vorbeland Recht in England und America vorbei und der Frank und Frankreichs heutige Eroberungspolitik in Europa und in den Kolonien wären kaum mehr vor den Ruin zu retten.

Eine Gefahr für die Reichswehr.

Von H. Holms, Halle.

Das uns durch den Vertrag von Versailles aufgeworfene Heeresproblem verlangt von Deutschland ein Heerwilligenheer, dessen Angehörige ausschließlich durch Werbung gewonnen werden. Es steht außer allem Zweifel, daß zum Eintritt in das Heer viele zum Soldatenberuf und ein ideales Streben, dem Volke unter Umständen mit Leib und Leben zu dienen, notwendig sind. Ebenso richtig ist aber auch, daß der zum Eintritt in die Reichswehr bereite junge Mann, der sich auf zwölf Jahre — also die besten Jahre seines Lebens — verpflichten muß, darüber Bewußtheit begehrt, was mit ihm dann geschieht, wenn er dem Staate zwölf Jahre lang Dienste verrichten hat. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß ein guter Ersatz für die Reichswehr auf die Dauer nur zu gewinnen ist, wenn dem Soldaten nach dem Ausschleiden aus dem militärischen Dienst eine Existenz für das Leben gesichert wird.

Die amtlichen Stellen bemühen sich seit langem, die auscheidenden Soldaten im freien Erwerbleben unterzubringen. Die Möglichkeit hierzu — d. h. die Möglichkeit, diesen Beruf ausüben zu können — gibt man durch theoretischen Unterricht in der Reichswehr und durch Gewährung von Geldmitteln. Dabei darf bemerkt werden, daß erst kürzlich bei Beratung des Reichswehrplans im Reichstag festgestellt wurde, daß die Möglichkeit, auf diesem Gebiete den Soldaten eine Existenzsicherung zu bieten, außerordentlich gering ist. Ein Mensch, der zwölf Jahre lang dem freien Wirtschaftslieben entzogen ist, kann unmöglich die nur im anwerbenden Wirtschaftslieben zu erwerbenden Fähigkeiten in dem notwendigen Maße haben, um in der freien Wirtschaft wetbewerbsfähig dastehen zu können. So ist es denn allzu natürlich, daß der größte Teil der auscheidenden Soldaten durch Verantragung des Zivildienstes, der eine Fortbildung im Beamtenberuf des Reichs, der Länder und Gemeinden liefern soll, diese Fortbildung begehren. Durch ein derartiges Gesetzgebung hat das Reich ja verfügt, daß ein ganz bestimmter Teil der Beamtenstellen mit Verordnungsamtlern (so nennt man die Soldaten nach dem Ausschleiden) besetzt werden soll.

Nun ist aber jedem bekannt, daß in Deutschland einmal durch den Beamtenabbau die Beamtenstellen gemindert werden verüht ist, und zum anderen hört man bei den diesjährigen Einberufungen im Reichstag das Wort sparen in allen Tonarten. Zu diesem Sparen rechnet der Reichstag auch das Einsparen von Beamtenstellen. Außerdem verlangt der Reichstag zur Einsparung von Pensionen und Wartegeldern die Wiederverwendung von abgebauten Beamten (Wartegeldempfänger).

Aus der Reichswehr allein scheiden alljährlich etwa 12 000 Soldaten, die Existenzsicherung begehren, aus. Wenn man die Zahl der noch nicht angestellten, bisher ausgeschiedenen Verordnungsamtlern mit 20 000 einschließt, dann ist dies sicher nicht zu hoch gegriffen. Das Reich gibt zwar den auscheidenden Soldaten eine Zeitlang (höchstens bis zu drei Jahren) Uebergangsgehälter; ist diese Zeit abgelaufen, verweist das Reich diese Staatsdiener auf den Unterfütungsweeg. Die Fälle sind heute nicht selten, in denen diese ehemaligen Soldaten als Erdarbeiter, Gewandmacher, Schiffbauarbeiter, Kautschuk, Landarbeiter usw. tätig sind. Arbeit findet man gewiß niemand, und die alten Staatsdiener sind genötigt zu arbeiten. Aber zur Erlangung eines solchen Berufes braucht man nicht erst zwölf Jahre Soldat zu sein.

Es wird höchste Zeit, daß alle relevanten Stellen des Reichs (Regierung, Reichstag usw.) sich ernstlich für die Unterbringung der Verordnungsamtlern im Staatsdienst einsetzen. Immer noch widerstreben manche Behörden einer Unterbringung von Verordnungs-

...wirden. Besonders sind es Gemeindegewinnungen, denen die Übernahme der Besorgungsmittel in ihren Dienst ein Dorn im Auge ist.

Der Reichstag wird sich demnächst mit einer Vorlage der Reichsregierung befassen, nach der nicht nur bei Besetzung von Beamtenstellen, sondern auch bei der zukünftigen Besetzung der Stellen der Angestellten auf Privatdienstvertrag teilweise Besorgungswörter zu berücksichtigen sind. Es ist dies gewissermaßen ein Vorbehalt, den die Besetzung mit freien Beamtenstellen, wie Besetzung mit freien Angestellten, nicht betrafen wird. Sicherungen dagegen, daß vorhandene Angestellte, die nicht Besorgungswörter sind, nicht entlassen werden dürfen, hat der Reichstag bereits getroffen.

Bekannt und die Erhaltung der Reichswehr fordern alles zu tun, um die vom Staate verprochenen Entschädigungen der ausgeschiedenen Soldaten durchzuführen. Es ist sonst unmöglich, eine gute Reichswehr aufzustellen.

Wer sich auf zwölf Jahre zum Dienst in der Wehrmacht verpflichtet, darf am Ende dieser Dienstzeit nicht mit schönen Worten abgespeist werden.

Jagd- und Fischereirechte der Besatzungstruppen.

Während die Rheinlandbesetzung in der Ausübung von Jagd- und Fischereirechten bisher absolute Höchstrechte hatte, ist nur einige Zeit ein Abkommen der deutschen Regierung mit den Besatzungsbehörden zustande gekommen, das bereits in Kraft getreten. Nach dem in Zukunft Jagd- und Fischereirechte von den Besatzungstruppen nur im Wege des Vertrages mit den deutschen Reichsständen erworben werden können. Dieses Abkommen bedeutet einen wesentlichen Fortschritt im Sinne der Reichsgerichtsbarkeit im besetzten Gebiet und im Sinne der deutschen Subjekt.

Annahme der Steuerermäßigungen im Reichsrat.

In öffentlicher Vollziehung am Mittwoch erließ der Reichsrat sich mit den Beschlüssen des Reichstages zum Steuerermäßigungsgebot einverstanden. Thüringen und Baden erklärten, daß sie sich bei einer namentlichen Abstimmung der Stimmabgabe enthalten haben würden. Der Vertreter Bayerns erklärte auf Einverständnis, obwohl nach Ansicht Bayerns die Aufhebung der Weinsteuer und Salzsteuer ein Fehler ist.

Zum Etat für 1926 haben die Reichsratsmitglieder im allgemeinen die Zustimmung zu den Änderungsbeschlüssen des Reichstages empfohlen. Vorgefällige wurde die Position von einer Million für Futurkette und gemeinsame Vereinigungen, die namentlich für Fischerei Vereinigungen bestimmt sein soll. In dem Etat des Innern wird eine Million für Eintrag Oberbau, eine Million für Futurkette und gemeinsame Vereinigungen, die namentlich für Fischerei Vereinigungen bestimmt sein soll.

Bei dieser Gelegenheit stimmten die Vertreter der preussischen Provinzen größtenteils an dem als das preussische Staatsministerium.

Außerdem wurde lebhaft kritisiert, daß der Reichstag die von der Reichsregierung und dem Reichsrat bei Aufstellung des Etats besonders ins Auge gefaßten Grundstücke, keine neuen Planstellen im Etat einbringen und keine neuen Subventionen des Beamten vorzunehmen nicht beabsichtigt habe, wodurch diejenigen Länder, deren Etats noch nicht erledigt seien, in Bedrängnis geraten würden.

Die Ausschüsse der Reichsregierung wurden durchweg angenommen, ebenso die Vorlage über Aufhebung des Staatsgerichtshofes.

Osternach in Jerusalem.

Von Max Demer.

In der heiligen Stadt zur Osterzeit! Nur vor einmal mit gläubigem Schauer die heilige Grabesstätte betritt, kennt das Mysterium dieser Osterzeit. Hier vollzieht sich das Aufstehenswunder gleichsam noch einmal. Hier stirbt die Weiße und der Glaube in die kommen hergen, hier ist alles Weißliche, Gegenständliche aufgelöst, und was das Heiligste betrifft, erlebt das Wunder, das Aufstehenswunder, was den höchsten der größte Zweifel als Haupt bezeugt.

Jur Osternach in der heiligen Stadt! Nach Laubenden zieht die Schar der Pilger, die sich zusammenziehen, um des Karfreitagmysteriums und des Osternachtaubers teilhaftig zu werden. Alle Nationen und Völker sind in den unwiderstehlichen Hingängen verflochten und unzerstörlich ist das Bild, das dem Betrachter bietet. Was sind alle Verantwaltungen der Welt gegen diese Nacht in der Grabesstätte! Jedes Ziel in dem weiten Raum ist überflutet und was jenseits abends noch ein Licht, was über die Körper der schlafenden Pilger strahlt.

Die heilige Zeremonie beginnt mit der großen Prozession in der griechischen Kapelle. Umgeben von seinem geistlichen Glanz umgibt der griechische Patriarch die Kapelle und führt dann die feierliche Prozession zu dem Heiligem, unter dem das Grab liegt. Ein heulender Jubelsturm des nach Laubenden zählenden Menge durch der weiten Raum. Vor dem Grab legt der Patriarch den Mantel ab und betritt das Heiligem. Während die Gloden aller Kapellen läuten und die Menge in andächtigem Schreien verharret, steigt der Patriarch aus dem Heiligem zwei Wunderkerzen heraus, die ein Gedächtnis und ein Armerien entzünden. Schnell ergreifen die Reiter die geweihten Kerzen, wenn sie auf ihre Knie und legen sie auf das Heiligem. Was mit dem heiligen Feuer zuerst nach Heiligem kommt, ergötzt einen Preis, und sein Rauch wird in ganz Heiligem verweilt.

Die Ersparnisvorlage im englischen Unterhaus.

Das englische Unterhaus legte gestern Abend die Entzerrung der Ersparnisvorlage der Regierung vor. Die Opposition widerlegte sich nachdrücklich dem Grunde des ersten Paragraphen, der sich mit der Krantenversicherung beschäftigt und die staatlichen Beihilfen an die betreffenden Gesellschaften vermindert. Da die Liberalen und die Arbeiterpartei zur Opposition entschlossen ständen, wird die Entscheidung am ersten Paragraphen die ganze Nacht hindurch fortwähren.

Die preussische Regierung für das Fürstentumpromiß. Die Gefahr des Kommunismus.

Das preussische Finanzministerium hat nach einer Meldung der „Woll. Ztg.“ auf Anfrage des demokratischen Landtagsabgeordneten Grömel mitgeteilt, daß seiner Auffassung würde die Annahme des jetzt geplanten Fürstentumpromißes dem preussischen Staat alles abhören, was er haben müßte.

Das Wichtigste an dieser Kadrist ist, daß sie aus einer Zeitung stammt, die ganz linksdemokratisch und sozialistisch feindselig ist, und daß nicht der Finanzminister als Person, sondern im Namen des Finanzministeriums und also auch der preussischen Regierung gesprochen hat, in der bekanntlich die Sozialdemokraten die führenden Positionen innehaben.

Daß diese Erklärung sobald nach dem Volksbegehren herauskommt, läßt darauf schließen, daß den führenden Sozialdemokraten die Entzerrungsgesetze ihrer Parteipresse durchaus nicht nach Geschmack ist. Das kann auch kein Wunder nehmen, wenn man die jetzigen kommunistischen Erfolge bei den Betriebsrätsen bedenkt: Die Fortsetzung des Volksbegehrens auf nötige und entscheidungsgewisse Entzerrung der Fischen ist ein zeitlich kommunisches. Die Kommunisten waren es, die diese Fortsetzung aufgestellt haben, während die Sozialdemokraten grundsätzlich dem Vergleich mit den Hohenzollern vom Oktober v. J. zugestimmt hatten, der bekanntlich die Überlastung von Familieneltern und Landbesitz mit einem Abzugsertrag von etwa 1 Million Mark an die 40 Köpfe der Familie Hohenzollern vorah. Erst als die Kommunisten ihre Entzerrungsforderung aufgestellt hatten, schloßen die Sozialdemokraten sich gegen ihre eigene Überzeugung an aus Angst, die Wahlen können sonst zu den Kommunisten überlaufen.

Jetzt zeigen die Betriebsrätsen und andere Erscheinungen, daß dieses Hinterlaufen hinter den Kommunismus nicht genügt hat. Und die Christenentzerrung und der ganze offene Kampf der Kommunisten gegen die Sozialdemokraten beweisen, daß für die Kommunisten das Volksbegehren gerade ein gegen die Sozialdemokraten gerichtetes Mittel war, um ihnen die Massen absperrlich zu machen, und daß sie sich durchaus als feindliche Gegner der Sozialdemokraten fühlen.

Demnach hat die Sozialdemokratie in einer verfehlte Lage gekommen: Unterläßt sie weiter wie bisher die Fortsetzung der Fürstentumentscheidung, so unterläßt sie damit die Kommunisten gegen den eigenen sozialistischen Einfluss, graben sich also selber das Grab. Um zwar das Grab im wahren Sinne des Wortes. Denn wenn wirklich die Kommunisten die Oberhand gewinnen sollten, so sind die heutigen Führer der Sozialisten, die „Arbeitervertreter“ und „Arbeiterräder“ (wie die Kommunisten sie nennen) die ersten, die die blutige Unterscheidung des Kommunismus zu fassen bekommen.

Da man nicht annehmen kann, daß die sozialistischen Führer auf ihre Kadristen verzichten und sich selber an die Gabeln liefern würden, wäre es durchaus nicht verwunderlich.

In der Kirche aber steigt der Patriarch abermals eine Kerze aus dem Heiligem und in das regungslos verharrenden, kommt plötzlich, wie auf dem Feuer der Kerze, Leben und Bewegung. Jeder Pilger hat mehrere Kerzen bei sich, und im Augenblick hat die ganze Gemeinde ihre Kerzen an dem heiligen Licht entzündet. Das Schiff der Grabesstätte gleitet einem Feuermeer. Und während der Patriarch die Kerze in die Hand nimmt, denn Licht von diesem ewigen Licht und preßt den Seiland, der aufsteht von den Toten, scheint plötzlich die Kirche in Flammen zu stehen; denn wie auf ein geheimes Zeichen flammen auch Kerzen an den Wänden des Gotteshauses, an den Emporen, auf dem Altar.

Eine unumstößliche Woge höherer religiöser Begeisterung ergreift die Menschenmenge. „Dies ist das Grab des Herrn! Hier ist das ewige Feuer und die Heiligkeit. Amen.“ Die Pilger schreien die Worte weit durcheinander — die kommen Pilger schließen sich zu einem Zuge zusammen. Langsam verläßt die Gemeinde die Kirche, um neuen Laubenden Platz zu machen, die am heiligen Grab Trau und Erhebung, Erleuchtung und das Wunder ihres heiligen Glaubens laden.

Vom deutschen Leben in Amerika.

Die Deutsche Gesellschaft der Stadt New York hat die Frage der Erbauung eines deutschen Hauses in der Stadt New York aufgenommen und ein Komitee ernannt, das dem Plane näherzutreten soll.

Die Frage der Erbauung eines deutschen Hauses in Manhattan ist schon häufig erörtert worden, jedoch erst an der Finanztagung. Diese dürfte jedoch nicht werden, wenn die „Deutsche Gesellschaft“ sich der Sache annimmt. Die Deutsche Gesellschaft besitzt ein Vermögen und Grundbesitz, das auf annähernd 400 000 Dollar geschätzt wird.

Der Film „Kubrickus Rex“ erlebte am 1. März seine erste Aufführung in den Vereinigten Staaten im Deutschen Volkstheater in New York. Das Theater war überfüllt. Zur zweiten Aufführung am 9. März wurde der Film auf der

wenn der letzten Erklärung des Finanzministeriums ein neuer nötiger Stellungswort der Sozialdemokraten in der Finanzermäßigungsfrage würde. Ganz würde es können, wenn nicht die „Reißer“ Braun und Geeringe le ziehen, lo gehen wie dem Jauberchtung in Goebes bekannter Falsche, die würden die Geister, die sie steifen, nicht wieder los und würden entrückt von der kommunistischen Front.

Die Vereinfachung der bayerischen Staatsverwaltung.

Das Entwerber der bayerischen Regierung, die Hugsberger „Polizeizettel“ gibt in einem längeren Artikel über die Frage des Vereinfachung der Staatsverwaltung in Bayern zu erkennen, daß Ministerpräsident Dr. Heß, wenn er nicht in der Lage wäre, die von ihm als unabweisbar notwendig erkannte Reform der Staatsverwaltung durchzuführen, nicht zögern würde, die Konsequenzen zu ziehen. Wenn die Einlässe parteipolitisch oder sozialer Natur für länger erweilen sollten als die Einlässe in die Angelegenheiten der Staatsverwaltung, werden die Ministerpräsidenten und mit ihm das ganze Kabinett zurücktreten.

Der Vorstand des bayerischen Städtebundes wurde sich in einer außerordentlichen Sitzung entschieden gegen die bekanntgemachten Pläne der bayerischen Staatsregierung über Vereinfachung, Vereinfachung der Staatsverwaltung und Aufhebung der Schulämter auf die Gemeinden, so weit durch diese Maßnahmen die Erziehung der Gemeinden bedroht wird. Abertretend erklärte er sich bereit, an der Vereinfachung der Staatsverwaltung zum Standpunkt der kommunalen Belange aus dem mitzuarbeiten. Es wurde beschlossen, zur nochmaligen Stellungnahme eine außerordentliche Tagung der im bayerischen Städtebunde vereinigten Gemeinden einzuberufen.

Das „Beswerdebuch“ der Reichsregierung.

Das Kabinett hat eine Neuerung eingeführt, um der Öffentlichkeit die Möglichkeit zu geben, die Wünsche der Bürger an die Reichsregierung mitteilen zu können. An der Außenfront des Gebäudes der Reichsregierung in der Wilhelmstraße in Berlin ist ein „Beswerdebuch“ angebracht worden, das jedermann benutzen kann, um der Reichsregierung sein Verzeilen ins Beswerdebuch zu schreiben.

Zur Auflösung der privaten Vorschulen.

Die deutschnationale Fraktion des Preussischen Landtags hat eine große Anfrage eingebracht, darin wird auf den Runderlaß vom 3. Februar 1926 verwiesen, in dem der preussische Kultusminister ausführte, die Genehmigung für die Einweisung der nötigen Auflösung der privaten Vorschulen bis zum Beginn des Schuljahres 1929/30 könne im allgemeinen nicht gegeben werden. Es wird gefragt, wie der Minister diese Richtlinie mit dem vom Landtag angenommenen Entschließungsantrag in Übereinstimmung bringen wolle, der besagt, daß die privaten Vorschulen Schulneulage bis zum Beginn des Schuljahres 1928/29 aufheben können. Der Erziehungsbevollmächtigte habe sich wegen der ununterbrochenen Beunruhigung der Privatvorschulen eine außerordentliche Erregung bemängelt.

Zwei Anfragen der Deutschnationalen und des Zentrums bemängeln die Erhöhung der Schulgebühren für höhere Schulen auf 200 M., weil dadurch die Kinder des Mittelstandes vom Erwerb höherer Bildung ausgeschlossen zu werden drohen.

Größe vor dem Theater ein derartiges Gedränge, daß die Polizei Ordnung schaffen mußte, da der gesamte Automobil- und sonstige Verkehr in der letzten letzten Straße blockiert war. Von weltanschaulicher Bedeutung für die Erhaltung und Förderung des Deutschtums sind die Verdienste gewesen, die sich der Neuzugler Turnverein in den 75 Jahren seines Bestehens erworben hat. Nach dem letzten Tätigkeitsbericht, welcher der Generalversammlung vorgelegt wurde, ist die derzeitige Lage des Vereins durch aus befriedigend. Außer der günstigen finanziellen Lage ist hervorzuheben, daß die unterhaltene Schule, in der deutschen Turnen und deutsche Sprache gelehrt werden, sich nach wie vor einer überaus regen Beteiligung erfreut.

Nicht in letzter Linie dem mannhaften Auftreten seines ersten Sprechers Rudolf Werdeba bei der Session E. D. Turnvereins, der auf ein 75jähriges Bestehen zurückblicken darf, zu verdanken, daß die Zukunft die deutsche Mutterprache auf Vereinsveranstaltungen die möglichste sein wird und nicht die englische, wie von einigen jüngeren Mitgliedern bereits seit längerer Zeit mit allen Mitteln angebahnt wurde. Die Vereinsversammlung hat dieses Hindernis nur 18 gegen und nicht weniger als 100 für die Anwendung der deutschen Sprache; die Mehrheit sprach sich auch für die begünstigende Einrichtung einer deutschen Schule aus.

Deutsche Gemeindefestlichkeiten in Philadelphia. In Deutscher Gemeindefestlichkeiten in Philadelphia verkehrten im Jahre 1925 etwa 18 000 Deutsche. Die meisten Deutsche, die im Heim verkehren, fahren auf amerikanischen Schiffen oder arbeiten am Land. Von deutschen Schiffen kommen nur wenige. Da die Arbeit des Gemeindefestlichen das Vertrauen der Seeleute genießt, bemerken die folgenden Summen: Ingesamt wurden 80 521 Dollar übergeben, davon zur Heimleitung 20 028, zur Heimleitung 20 028, zur Heimleitung 20 028, zur Heimleitung 20 028. Außer Vorschüssen an harem Geld für 23 247, wurde wurden 961 Freiheiten und 296 Freiheiten gewährt. 800 Seelen konnten Arbeit auf Schiffen und an Land vermittelt werden.

Die Beschlüsse der Arbeitszeitkonferenz.

Das Londoner Arbeitsministerium veröffentlicht die Beschlüsse der internationalen Arbeitszeitkonferenz über die Auslegung des Washingtoner Abkommens.

Darauf lag sich Artikel 1 über die 48-Stunden-Woche auf alle in britischem Unternehmen beschäftigten, ganz gleich, wieviel Personen in dem Unternehmen beschäftigt sind. Ausgenommen sind nur diejenigen Betriebe, in denen nur Mitglieder der Familie des Unternehmers arbeiten. Der eigentliche Post-, Telegraphen- und Telefonverkehr soll den Bestimmungen des Abkommens nicht unterliegen, dagegen aber die Instandhaltung und Instandsetzung der Arbeitsmaschinen die Zeit umfassen, während der die Beschäftigten zu der Erfüllung der Arbeitgebers stehen.

Zu Artikel 6 wurde vereinbart, daß die Höchstgrenze der Arbeitsstunden durch die nationale Gesetzgebung bestimmt werden soll. Bezüglich der Entlohnung der Überstunden wurde beschlossen, daß die im Artikel vorgesehene Zulage von 25 Prozent obligatorisch ist. Die 48 Arbeitsstunden in jeder Woche auf fünf Tage zu verteilen oder in zwei Wochen auf elf Tage, ist statthaft. Bezüglich der Elternarbeit wurde beschlossen, daß diese dem Abkommen unterliegen. Falls die Bestimmungen der Elternarbeit nicht entgegenstehen, so ist eine notwendige Arbeitsstundenangabe erlaubt.

Zu Artikel 14 wurde beschlossen, daß die Regierung verpflichtet sind, die Artikel zur Durchführung des Abkommens in ihre Gesetzgebung aufzunehmen. Ferner ist vereinbart worden — von Großbritannien unter Vorbehalt —, daß die Bestimmungen des Artikels 14, die die Überarbeitung der 48-Stunden-Woche regeln, nur im Falle einer Krise anzuwenden ist, die die nationale Wirtschaft in Mitleiden versetzt und die die Erhaltung des ganzen Volkes bedroht, nicht aber bei Krisen, die lediglich einzelne Zweige der Industrie gefährden.

Die englische Durchführung dieser Beschlüsse wird besonders in unseren Konkurrenzländern wohl noch lange auf sich warten lassen. Der Hauptgegner bei dieser Arbeitszeitregelung war unermüdlich das Heile schon glänzend lebende und alle anderen Wüter aus den Absatzmärkten verdrängende, also arbeitlos machende Amerika sein. Denn seine Überlegenheit Kapitalismus erweist sich in der Anschaffung der neuesten Maschinen und sonstigen technischen Einrichtungen und dadurch eine Verringerung der menschlichen Arbeitsleistung durch Verkürzung der Arbeitszeit bei gleicher und sogar größerer Produktion. Je kapitalärmer ein Land — und das kapitalärmste ist Deutschland —, desto weniger kann es in der maschinellen Ausstattung mit Amerika konkurrieren und menschliche Arbeitskraft durch Maschinen ersetzen. Erst die infolge dessen immer weiter zunehmende Arbeitslosigkeit in Deutschland infolge weiterer Verkürzung der Arbeitszeit infolge der Maschinen und sonstigen technischen Einrichtungen bringen zu sollen, daß der Kampf gegen das Kapital ein Kampf gegen Verkürzung der Arbeitszeit ist, da man nur durch Maschinenanschaffung den Ausfall menschlicher Arbeitsleistung infolge Verkürzung der Arbeitszeit ersetzen kann. Kampf gegen die Kapital und für Verkürzung der Arbeitszeit zugleich verringert die Produktion und erzeugt also Mangel, macht aber zugleich konkurrenzunfähig und erzeugt also Arbeitslosigkeit.

Vom 30. April bis 2. Mai veranstaltete die Vereinigung der Deutschnationalen und des Zentrums bemängeln die Erhöhung der Schulgebühren für höhere Schulen auf 200 M., weil dadurch die Kinder des Mittelstandes vom Erwerb höherer Bildung ausgeschlossen zu werden drohen.

In Philadelphia liefen amerikanische Schiffe ein, auf denen die gesamte Bevölkerung aus deutschen Seelen und die Hälfte der Bevölkerung aus deutschen Seelen ist größer als das Angebot.

Schülerkinderkassen.

Breslau. Der durch die Emigration des Geh. Reg.-Rats Feib. Tag an der Breslauer Universität erledigte Lehrstuhl der Botanik ist dem ordentlichen Professor Dr. Peter Starb in Freiburg i. B. angeboten worden.

Kiel. Die Privatdozentin an der Universität Köln, Dr. phil. Emmentrude v. Ramke, ist zum Dozenten für Geschichte an der Pädagogischen Akademie in Kiel berufen worden.

Wien. Der ordentliche Professor für Geschichte an der Wiener Universität Dr. Heinrich v. Seib hat die ihm erlangene Ruhe an die Universität Wien abgetreten und ist in Wien an der neuen Professur für neue Geschichte angebeten, in Bonn der Lehrstuhl für Geschichte des Mittelalters und der Neuzeit. Die Besetzung des Stühlers mineralogischen Lehrstuhls. Zur Wiederbesetzung des durch die Emigration des Geh. Reg.-Rats D. Mügge an der kaiserlichen Universität erledigten Ordinariats der Mineralogie und Petrographie ist ein Ruf an den ordentlichen Professor Dr. Otto W. E. v. Berg an der Universität Gießen ergangen. Berufungen nach Tübingen, Berlin (Lehrn. hochschul.) und Königsberg hat der Senat abgelehnt.